Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 52 (1960)

Heft: 5

Artikel: Ueber den Weg der Mitte : die Wirtschaft zwischen Zwang und Freiheit

Autor: Rimensberger, E.F.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-353936

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

MONATSSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES
ZWEIMONATLICHE BEILAGEN: «BILDUNGSARBEIT» UND «GESETZ UND RECHT»

HEFT 5 - MAI 1960 - 25. JAHRGANG

Ueber den Weg der Mitte:

Die Wirtschaft zwischen Zwang und Freiheit

I. Von der individualistischen zur institutionellen Ordnung

Im Kommunistischen Manifest, das heute wie gestern für den von Moskau zum Gesetz erhobenen «Marxismus-Leninismus» verbindlich ist, steht geschrieben: «An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.» ... Die Bourgeoisie «wirft uns mit einem Wort vor, daß wir ihr Eigentum aufheben wollen. Allerdings, das wollen wir.» Aus dem Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz: «Die wirtschaftliche und soziale Befreiung der Menschen setzt die persönliche und politische Freiheit jedes einzelnen voraus.» ... Die Beschränkung der Freiheit einzelner (gemeint ist hier die Beschränkung der Handels- und Gewerbefreiheit) «bringt vermehrte Freiheit für alle». ... «Jeder Mensch soll unabhängig von Herkommen und Besitz seine Anlagen und Fähigkeiten frei entfalten können.» Erklärung der «Sozialistischen Internationale» vom 3. Juli 1951 über die «Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus»: «Es ist das Ziel des Sozialismus, dem ganzen Volk das Bestimmungsrecht über die Wirtschaft zu sichern. Er erstrebt ein Gemeinwesen, in dem freie Menschen als Gleiche zusammenwirken.» Aus dem Programm der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz: «Die Partei steht grundsätzlich auf dem Boden der Privatwirtschaft und des Privateigentums. Sie anerkennt aber die Notwendigkeit gemeinwirtschaftlicher Institutionen zur Lösung öffentlicher Aufgaben.» ... «In den Schranken der durch den Willen des Volkes gesetzten Rechtsordnung soll der einzelne dasjenige Maß von Freiheit besitzen, das vereinbar ist mit der Freiheit der andern.» Auf einem Wahlplakat der Liberalen: «Freiheit für alle!»

Wir leben in einer Welt der Slogans, der Schlagwörter. Je mehr Schlagwörter es gibt und je öfter sie wiederholt werden, wozu Presse, Radio, Fernsehen usw. nie geahnte Möglichkeiten geben, um so weniger bleibt Zeit, um über ihre Bedeutung und ihren Inhalt nachzudenken. Es hat wohl in der Geschichte der Menschheit nie ein Wort gegeben, das – oft in guter und oft in fragwürdiger und ausschließlich demagogischer Absicht – so oft wiederholt und zu Tode gehetzt worden ist wie das Wort «Freiheit»: für «jeden einzelnen» und «für alle».

Es ist besonders bemühend, wenn das schöne Wort Freiheit ohne nähere Umschreibung verwendet wird. Das Wort Freiheit ist dann ein leerer Begriff, aus dem jeder machen kann, was er will. Es ist ein Ding wie das Wasser. Das Wasser, ohne welches das Leben auf dieser Erde undenkbar ist, kann je nach den Umständen seiner Verwendung und Wirkung größten Segen und größtes Verderben bewirken. Man denke zum Beispiel an segensreiche Urbarmachungen, wie sie in Israel und anderswo betrieben werden, oder an die katastrophale Auswirkung eines Staudammbruches und von Wetterkatastrophen. Aehnliches kann über die Freiheit gesagt werden.

Auf den ersten Blick scheinen die Ausdrücke «jeder einzelne» und «alle» sinnverwandt zu sein. Wenn jeder einzelne die Freiheit hat, haben sie alle. Wenn trotzdem ein Unterschied gemacht werden muß, so deshalb, weil das Ganze in seiner Auswirkung oft mehr und manchmal auch weniger als die Summe seiner Teile ist, also etwas völlig anderes. Dazu kommt, daß jeder einzelne als Mensch einwandfrei feststellen kann, ob er die Freiheit hat, während dies bei allen nicht der Fall ist, denn «alle» ist etwas Namenloses. Es ist ebenfalls ein bloßer Begriff. «Alle» können nicht als lebendiges Wesen am eigenen Leib feststellen, ob die Freiheit vorhanden ist oder nicht. Zu welchen Widersprüchen die Nichtbeachtung oder Vernachlässigung solcher grundsätzlicher Unterschiede führen kann, zeigen die oben aufgeführten Zitate. Es ist kein Zufall, daß Parteien, die zueinander in Opposition stehen und völlig verschiedene Ziele verfolgen, in bezug auf die Freiheit zu den gleichen widerspruchsvollen Losungen gelangen können. In allen oben wiedergegebenen Zitaten wird die Freiheit für den einzelnen bzw. für alle gefordert, und im gleichen Atemzug wird die Freiheit so oder so eingeschränkt. Im Kommunistischen Manifest wird im Namen der Freiheit eines jeden die Abschaffung der Freiheit im Falle des Eigentums – eines der am leichtesten feststellbaren Freiheitsrechte! – für unzählige Staatsbürger verlangt. Es kommt zu Feststellungen wie jener der Sozialistischen Internationale, wonach «dem ganzen Volk das Bestimmungsrecht über die Wirtschaft zu sichern sei» oder, wie es oft in festlichen Leitartikeln heißt, «die Wirtschaft Sache des ganzen Volkes sein muß». Da «das Volk» wie «alle» ein Sammelbegriff und keine handelnde Person ist, kann die Wirtschaft

ebensowenig Sache des ganzen Volkes sein wie der Betrieb einer Eisenbahn Sache aller Fahrgäste. Sicherlich braucht es für den Betrieb einer Eisenbahn Fahrgäste. Sie sind eine wichtige Voraussetzung; ihre Wünsche müssen nach Möglichkeit oder mehrheitlich, also nicht für alle, berücksichtigt werden. Vor allem aber braucht es, auch wenn die Eisenbahn «allen» gehört und zum Beispiel verstaatlicht ist, eine Eisenbahndirektion, Stationsvorstände, Lokomotivführer, Weichensteller und unzählige andere Beamte, die sich nach einer straffen Verkehrsordnung und nach Fahrplänen zu richten haben, für die vielleicht die Fahrgäste ein durch betriebliche und wirtschaftliche Zweckmäßigkeitserwägungen begrenztes Vorschlags- und Einspruchsrecht, jedoch kein «Bestimmungsrecht» haben. Würde in Dingen des Betriebes allen die Freiheit gewährt, so würde begreiflicherweise jeder den Fahrplan nach seinen Bedürfnissen einrichten oder gar einen Geleiseanschluß an seine Haustür wollen. Wenn jeder, wie es in einem der obigen Zitate gefordert wird, seine Anlagen und Fähigkeiten frei entfalten könnte, würde dies auch für asoziale Elemente, für Diebe, für Einbrecher usw. Geltung haben. In der ersten Fassung des neuen Parteiprogramms der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz wurde mit Recht von der freien Entfaltung «guter» Anlagen gesprochen, was natürlich eine Begrenzung der «Freiheit für alle» bedeutet. Daß, im Gegensatz zu einem der obigen Zitate, freie Menschen nie als Gleiche zusammenwirken werden, weil die Freiheit eben ein Freipaß für Verschiedenheiten und damit u. a. für Egoismus, Ungerechtigkeit, Unterdrückung usw. ist, daß ferner «die Freiheit für alle» die Unfreiheit einzelner oder gar das Chaos für alle bedeuten kann, haben wir in einem früheren Artikel über das Thema «Der Mensch zwischen Zwang und Freiheit» ausführlich dargelegt [1].

Mit all diesen Feststellungen wollen wir die oben wiedergegebenen Zitate, weil sie so oder so einen ethischen Gehalt haben, nicht unter den Tisch wischen. Wir können und wollen es schon deshalb nicht tun, weil diese Losungen in reiflich überlegten offiziellen Programmen und Bekundungen ernsthafter politischer Parteien stehen und ohne Zweifel guten Glaubens gemeint sind. Hingegen wollen und müssen wir uns fragen, wieso es zu derart widerspruchsvollen Aeußerungen in unserer Zeit kommen kann. Bei näherer Untersuchung stellt sich heraus, daß alle diese Zitate zu sogenannten konventionellen Forderungen gezählt werden können. Es sind Losungen, die einmal unter bestimmten psychologischen oder politischen Umständen angebracht und richtig waren, Slogans, die sich langsam einbürgerten und nun infolge ihres suggestiven Charakters und kraft der Gewohnheit unter teilweise oder völlig andern Um-

---

«Gewerkschaftliche Rundschau», Heft Nr. 9 und 10, September und Oktober 1959

ständen und Voraussetzungen weiter verwendet werden. Es gibt im täglichen Leben unzählige solcher konventioneller Aeußerungen oder, wie man in den USA sagt, wo man in ideologischer Hinsicht weniger Hemmungen hat als in Europa, solcher «konventioneller Weisheiten». Wir sagen, um ein Beispiel aus dem gewöhnlichen Leben zu nehmen, noch heute, daß die Sonne auf- und untergeht, obwohl wir wissen, daß dies nicht der Fall ist, daß es die Erde ist, die sich dreht. In der Politik und Wirtschaft wird gern ein bestimmter Kurs verfochten, weil man «nicht mitten im Fluß die Pferde wechseln soll». Man sagt dies, obwohl in unserer motorisierten Welt keine Pferde mehr gewechselt werden und es überall Brücken gibt oder, um es anders auszudrücken, obwohl wir infolge der rasenden politischen, technischen und sonstigen Entwicklung fortgesetzt mitten im Fluß stecken und gerade deshalb die «Pferde» wegen Uebermüdung oder weil sie an Herzinfarkten usw. sterben, häufig wechseln müssen. Wir sprechen von Zylinderdiplomatie, obwohl im Zeichen der Koexistenz diese Politik gerade von Leuten betrieben wird, die keine Zylinder mehr tragen, so zum Beispiel von Chruschtschew und Eisenhower. (Es ist der republikanische Eisenhower und nicht der demokratische Truman gewesen, der als erster Präsident der USA beim feierlichen Einzug als Präsident den Zylinder abschaffte. Es gibt in der Schweiz Bundesräte, die, obwohl man ihnen Zylinderhutpolitik nicht vorwerfen kann, bei festlichen Anlässen noch den Zylinder tragen.)

Verschiedene der oben zitierten Freiheitslosungen spielen im demokratischen Westen, wie bereits angetönt, weitgehend nur noch pro memoria oder bei gelegentlichen politischen Rückschlägen eine Rolle, während sie in den unterentwickelten Ländern, die bis vor kurzem unter dem Kolonialimperialismus litten, erst in neuester Zeit zu ihrem Recht und ihrer Wirkung gelangt sind. In der Zeit, als diese Losungen in der westlichen Welt Ausdruck bitterer Notwendigkeiten waren, brauchten sie nicht näher umschrieben zu werden: es ging ganz allgemein um die Würde und die Rechte «jedes einzelnen», um die Menschenrechte und die politischen Freiheiten «aller». Jeder konnte wissen und wußte, was Einsatz und Ziel waren, denn jeder litt direkt und persönlich unter der Vorenthaltung dieser Freiheitsrechte. Dies war so zu Beginn der Geschichte des Abendlandes, in den Stadtstaaten der Griechen, später in der Renaissance und der hochliberalistischen Zeit des 19. Jahrhunderts. *Vor* dieser Zeit, das heißt vor dem Aufkommen moderner Demokratien in Europa, waren Entwicklung und Kampf, abgesehen von wenigen Ausnahmen, Sache «jedes einzelnen».

Der größere Rahmen, die Einschaltung der Wirtschaft und des «vierten Standes», von Volksvertretungen, in das Geschehen und Planen einer Welt, die bis dahin im Denken und Tun eine individualistische, von «Herren» und kirchlichen Würdenträgern re-

gierte Welt war, stellte sich erst nach der Französischen Revolution ein. Die großen Vorkämpfer der Zeit der Ueberwindung der alten Welt und der Erweiterung der menschlichen, politischen und wirtschaftlichen Größenordnungen waren jedoch noch stark in sich selber befangen. Einer der ersten großen Erneuerer, *Rousseau* (er starb elf Jahre vor der Französischen Revolution), war ein ausgesprochener Individualist und gleichzeitig – zum Teil ungewollt – Bahnbrecher kommunistischer Ideen oder auf alle Fälle des Zwangs zum Schutze der absoluten Freiheit jedes einzelnen. Rousseau war ein Mensch, der weder mit sich selber noch mit andern auskam. Um sich vor sich selber und andern zu retten und zu rechtfertigen, steckte er den Kopf in den Sand und entwarf eine ideale politisch-wirtschaftliche Ordnung. Der « Contrat social » (Sozialvertrag), ein zum Teil genialer und zum Teil konfuser und widerspruchsvoller Beitrag zur Menschheitsentwicklung, der einen gewaltigen Einfluß ausübte, lief im Grunde genommen darauf hinaus, daß die Staatsbürger einen Vertrag mit sich selber abschließen sollen, dessen Resultate, so meinte Rousseau, nur erfreulich und richtig sein konnten. In typisch individualistischer Weise sah er die staatliche Gemeinschaft als eine Art Person mit Kopf, Hand und Fuß an, die harmonisch den *guten* Willen zur Geltung bringt, da es *ihr* Wille ist: « Nul n'est injuste envers lui-même » (Niemand ist ungerecht gegen sich selber). Schon der griechische Philosoph *Plato*, ein anderer Individualist, sagte, daß «niemand ohne Not, das heißt freiwillig, böswillig, ist ». Wenn jemand den Idealstaat verwirklichen will, ohne den es kein politischer Idealist machen will, ist er zu solchen trügerischen Vorstellungen gezwungen. Bei solchen Annahmen kann natürlich nichts schief gehen, denn alles, was geschieht, entspricht der « volonté générale », dem allgemeinen Willen. Auf diese Weise wurde die Fiktion eines mystischen Gebildes, des unfehlbaren Idealstaates, geboren. In einem Anfall von Realismus erkannte Rousseau allerdings einmal, daß es auch Minderheiten geben könnte. Diese hatten nach seiner Ansicht einfach zuzugeben, «daß sie sich getäuscht haben». Immerhin ist damit bewiesen, daß es keine « volonté générale » gibt, daß man die staatliche Ordnung nicht als Idealstaat konzipieren kann, sondern daß sie das Resultat von unzähligen sich oft widersprechender Einzelwillen ist. Von der Auffassung Rousseaus zum Glauben an die Möglichkeit der Errichtung eines Gemeinwesens, «in dem freie Menschen als Gleiche zusammenwirken» oder «die Wirtschaft Sache des ganzen Volkes ist», ist nur ein Schritt. Es ist nur ein Schritt zur Diktatur des allein Richtigen, weil es stur im Namen «aller» als allein richtig angenommen wird. Rousseau, der große Vorkämpfer der absoluten Freiheit jedes einzelnen, setzte für gewisse Fälle die Möglichkeit einer Diktatur in Rechnung. Er glaubte, dies tun zu können, weil er dabei den allgemeinen Willen voraussetzte. So kam er zur Annahme, daß

die Gleichheit, die leider nur erzwungen werden kann, in Freiheit möglich sei. Dieser Irrtum war auch der Weg zum autoritären Sozialismus, den *Karl Marx* in den Fußstapfen des französischen Menschheitsbeglückers Rousseau und ähnlicher Optimisten gegangen ist. Auch Marx kam schlecht mit sich selber und andern aus. Auch er steckte den Kopf in den Sand und schuf aus Ressentiment und Rache eine ideale Ordnung. Auch er fiel dabei ins andere Extrem und setzte unter der Annahme, daß die Menschen, *seine* Menschen, gut seien, ihren Gesamtwillen als Diktatur des Proletariats und Idealstaat ein. Er war, was kein Vorwurf, sondern eine Entschuldigung sein soll, ein Kind seiner Zeit. Sein Weltbild *mußte* ein einseitiges sein, weil er als Antwort auf die kraß einseitige Welt der Individualisten nur eine ebenso krasse Gleichmacherei sehen konnte.

Es ist bezeichnend, daß der Titel des großen Werkes von Marx «Das Kapital» heißt. Das Kapital war in jenen Zeiten eine vorwiegend persönliche Angelegenheit, der Talisman im aufsteigenden individualistischen und liberalistischen Zeitalter, in dem jeder, der Kapital hatte oder es beschaffen konnte, nur das eine Ziel kannte: persönlich möglichst schnell reich zu werden. Der Kapitalist war vor allem ein Krämer. Jeder dachte in Ausdrücken von Geld und Kapital, Profit und Zinsen, so auch Karl Marx, der große Feind der Krämer und Kapitalisten. Sein Buch ist das Buch eines Geldmenschen gegen die Geldmenschen. Es handelt, wie schon das Inhaltsverzeichnis zeigt, von Ware und Geld, von der Verwandlung von Geld in Kapital, vom Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß, vom absoluten und relativen Mehrwert, vom Akkumulationsprozeß des Kapitals, dem Kreislauf und Umschlag des Kapitals, von der Verwandlung des Profits in Durchschnittsprofit, vom Gesetz des tendentiellen Falls der Profitrate, von der Spaltung des Profits in Zins und Unternehmergewinn, der Verwandlung von Surplusprofit in Grundrente, von der Differentialrente usw. In einem andern Zusammenhang weist eine englische sozialistische Zeitschrift ganz richtig darauf hin, daß sich der Sozialismus jener Epoche vorwiegend mit der finanziellen Macht privater Geschäfte befaßte.

Das Kommunistische Manifest hat es mit den Exponenten des Kapitals zu tun, mit industriellen Millionären, Fabrikanten, fabrizierenden Bourgeois, ihren Produktionsinstrumenten, Geschäften usw. Die Worte Wirtschaft und Volkswirtschaft, die auf höhere institutionelle Formen des wirtschaftlichen Zusammenarbeitens der Menschen hinweisen, kommen überhaupt nicht darin vor. Es wird zum Beispiel nicht von Wirtschaftskrisen, sondern nur von Handelskrisen gesprochen. Dem Arbeiter scheint ausschließlich die Rolle zuzufallen, das Kapital zu vermehren, was in überspitzter Weise wie folgt ausgedrückt wird: «Die Erwerbenden arbeiten nicht, die Arbeiter erwerben nicht.» Es war «die Ausbeutung des einen Individuums durch das andere». Die Vergesellschaftung des Kapitals

als Gegenmittel bedeutete für Marx im Sinne des Irrtums von Rousseau die Beseitigung der Ausbeutung, den Idealzustand und die Lösung aller Probleme. Mit der Vernichtung der Bourgeoisie, der Kapitalbesitzer, wird, so meinte man, dem Kapital der Stachel genommen und ein goldenes Zeitalter eingeleitet.

Wie sehr in jenen Zeiten das Zusammenleben der Menschen als ein Zusammenleben von Einzelmenschen gedacht war und auf die «Freiheit des einzelnen» hinzielte, zeigt ein zentraler Gedanke der Philosophie von *Stuart Mill*, des konsequentesten «Kirchenvaters» des Liberalismus. In seinem grundlegenden Werk «Ueber die Freiheit» kommt Mill zu dem für eine individualistische Gesellschaft einfachen und brauchbaren Schluß, daß der Mensch insofern völlig frei sein müsse, als er die Freiheit seiner Mitmenschen nicht beeinträchtigt und ihnen keinen Schaden zufügt. Fast wörtlich ist dieser Satz unter völlig andern Verhältnissen 100 Jahre später im Programm der Freisinnig-demokratischen Partei wiederholt worden: «Der einzelne soll jenes Maß von Freiheit besitzen, das vereinbar ist mit der Freiheit der andern.» Dies ist eine konventionelle Weisheit, die heute ihren Sinn verloren hat in einer Welt ungeheurer menschlicher, nationaler und internationaler Wirtschaftsverflechtungen, in der der einzelne sehr oft gar nicht feststellen kann, ob sein wirtschaftliches Tun und Handeln einem andern schadet, die Freiheit anderer einschränkt, begrenzt oder sogar aufhebt.

Man hat solche und andere Losungen weiter proklamiert, als es um eine völlig andere und viel heiklere Sache ging, nämlich um die soziale und wirtschaftliche Befreiung in einer *un*individualistischen Welt oder, wie man auch sagen könnte, in einer *institutionellen Ordnung*. Die politische Befreiung war eine Sache von Kopf und Herz, die wirtschaftliche Befreiung ist eine Sache des Portemonnaies. Nach der Verwirklichung der politischen Demokratie gab es Leute, die im gleichen Atemzug die Wirtschaftsdemokratie verlangten und die beiden einander gleichsetzten. Man kann ihnen in leichter Abwandlung eines Dichterwortes zurufen: Leicht beieinander wohnen die politischen Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die materiellen Sachen.

Den Philosophen der Geburtsstunde des Liberalismus, den *Adam Smith, Locke, Marx, Mill* usw., kann man ihre Schlußfolgerungen nicht vorwerfen. Sie waren für *ihre* Welt gedacht. Für Marx konnten wirtschaftliche Lösungen und Institutionen des Mittelweges nichts bedeuten, weil sie zum Teil noch gar nicht denkbar und nur vereinzelt vorhanden waren. Es gab noch keine Wirtschaft und Volkswirtschaft in unserem Sinne, keine oder nur wenige und unbedeutende Aktiengesellschaften, keine Supertrusts und Kartelle, nationale und internationale Wirtschaftsorganisationen, keine großen Genossenschaften, keine Industrieverbände, umfassende Gewerkschaftszentralen usw.

Viele gutmeinende Zeitgenossen bedauern diese Entwicklung. Sie erinnern an die schönen Zeiten, da im Parlament große politische und weltanschauliche Redeschlachten geschlagen wurden. Sie setzen sich dafür ein, daß dem «Ideenkampf» wieder mehr Platz eingeräumt werde und die rein wirtschaftlichen Zielsetzungen und Forderungen der «Interessengruppen» in den Hintergrund zu treten haben. Diese schönen Zeiten sind, ob wir wollen oder nicht, vorbei. Wenn eine den politischen und weltanschaulichen Kämpfen nachtrauernde Zeitung darüber jammert, daß im Nationalrat zu einem bestimmten Zeitpunkt 55 Stadtpräsidenten, Stadträte, Gemeindepräsidenten und Regierungsräte, ferner 46 Verbandspräsidenten verschiedenster Art sowie 15 Anwälte mit zugestandenen Mandaten saßen, so läßt sich darauf erwidern, daß diese Nationalräte, den Erfordernissen der heutigen Zeit gemäß, einen erfreulich großen Teil des werktätigen Volkes von unten bis oben vertreten, daß ein solches Parlament dem Volksganzen sicherlich nähersteht als ein Parlament, das sich vorwiegend aus Nur-Politikern und politischen sowie weltanschaulichen Ideenkämpfern zusammensetzt. Mit den wirtschaftlichen Interessengruppen, den sogenannten «pressure groups», haben wir uns in dieser Welt der vorwiegend wirtschaftlichen Probleme abzufinden. Solange es sich bei einem solchen institutionellen Aufbau um die Vertretung von verantwortungsbewußten und verantwortungswilligen Gruppen von Menschen handelt, die durch gemeinsame Arbeit und Interessen miteinander verbunden sind, ist sicherlich nichts dagegen einzuwenden, besonders wenn gleichzeitig dafür gesorgt würde, daß sich als Gegengewicht die Regierung aus Männern zusammensetzt, die außerhalb und über diesen Interessengruppen stehen und in erster Linie das Gemeinwohl vertreten, was zum Beispiel durch die Volkswahl der Bundesräte gefördert werden könnte, wie sie einmal in einem Volksbegehren der Sozialdemokratischen Partei verlangt wurde.

Daß sich die Entwicklung zur institutionellen Ordnung nach einer Zeit straff zentralistisch-autoritärer Schablonisierung und ihrer Mißerfolge auch in der UdSSR bemerkbar macht, zeigt sich immer deutlicher. Die Wirtschaft der UdSSR wird immer mehr in Institutionen aufgeteilt, die sich mit den Aufgaben ihres speziellen Bereiches zu befassen haben. Man kommt darum nicht herum, weil nur auf diese Weise praktische und bessere Resultate zu erhoffen sind. Es ist bemerkenswert, daß kürzlich das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der UdSSR gegen die formalistischen Tendenzen der Parteiprogramme Stellung genommen hat und dabei vor den Leitern des marxistisch geheiligten Instituts für soziale Wissenschaften an der Akademie für Wissenschaften des Marxistisch-leninistischen Instituts und den Bonzen der höheren Parteischulen keinen Halt machte, sondern diesen obersten Instanzen einen allzu theoretischen und dem praktischen Leben entfremdeten Unter-

richt vorwarf sowie rügte, daß sie sich in sterilen Palavern ergehen, statt die aktuellen Probleme praktisch zu analysieren. Seit einiger Zeit wird in höchsten Kreisen der UdSSR gern und viel darüber geredet, daß Staatsfunktionen durch «gesellschaftliche Organe» übernommen werden sollen, was allerdings so lange keine günstigen Auswirkungen haben kann, als solche Organisationen wiederum der Diktatur der Partei ausgeliefert werden.

Der institutionelle Weg kann nur dann halten, was er verspricht, wenn es der Weg der Mitte ist. Wer ihn betritt, muß erkennen, daß es falsch ist, den politischen Freiheitsbegriff, der jeden einzelnen angeht, einfach auf wirtschaftliche Kollektivitäten zu übertragen und daß es ebenso falsch ist, wirtschaftliche Kollektivitäten, gesellschaftliche Organe usw., wie dies hinter dem Eisernen Vorhang geschieht, irgendeiner übergeordneten Diktatur auszuliefern. Es geht darum, den falsch verstandenen und falsch angewandten liberalistisch-individualistischen Freiheitsbegriff rechts und den ebenso falsch verstandenen autoritär-kollektivistischen Ordnungsbegriff links liegenzulassen.

(Fortsetzung folgt.) *E. F. Rimensberger.*

Mütterarbeit

Zu den wenig gefreuten Erscheinungen unserer Zeit gehört ohne Zweifel, daß auch heute noch unzählige verheiratete Frauen, Mütter von kleinen und von großen Kindern, außerhalb ihres Haushaltes einer Erwerbsarbeit nachgehen. Entsprechend ist diese Erscheinung Gegenstand leidenschaftlicher Diskussionen. Die einen möchten die außerhäusliche Erwerbsarbeit der Mutter von Kindern am liebsten verbieten. Sie sehen nur Gefahr in ihren Auswirkungen, für die Ehe, für die Kinder und vor allem für die Gesundheit der betreffenden Frau. Andere wiederum erblicken in ihr einen Hinweis darauf, daß nicht jede Frau im Haushalt Befriedigung findet. Sie verlangen, daß in diesem Punkt der Entscheid freigestellt sein soll, und sehen in der Erwerbsarbeit eine Quelle der Unabhängigkeit und der individuellen Entfaltung für die Frau. Die dritten wiederum weisen auf die verlockende Möglichkeit hin, zu Wohlstand zu kommen, und wollen die Ursache in der Verführung durch den zu hohen Lebensstandard erkennen. Von welcher Warte aus man das Problem auch anpackt, eines steht zum vornherein fest: die außerhäusliche Erwerbsarbeit der Frau hat nicht nur positive Auswirkungen. Die Mutter ist gezwungen, ihre Kinder entweder sich selber zu überlassen oder dann in fremde Hände zu geben. Im Haushalt wird zwangsläufig manches liegen bleiben; er wird kostspieliger. Und für